

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wille, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.50 — Erheimt tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Johannisstraße 14, II. Tel. 3445.  
Sprechstunde: mit Wochentagen von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: St. Johannisstraße 14, Tel. 1789.  
Verlagsort: Dresden, den 28. Juli 1910.

Inserate werden die 6zeilige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Inzerate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 172.

Dresden, Donnerstag den 28. Juli 1910.

21. Jahrg.

## Jungtürkische Probleme.

Im Westen des türkischen Reiches, im albanischen Berglande, lobert noch immer ein Aufstand. Deutlicher als manches andere Ereignis seit Errichtung des neuen Regimes zeigt er, daß ein Reich mit so ökonomisch und kulturell zurückgebliebenen Revieren, wie sie in der Türkei durcheinander nebeneinander liegen, nicht so ohne weiteres in die kapitalistische Ordnung einzuwickeln ist.

Seit reichlich drei Monaten bemühen sich die Jungtürken, den albanischen Aufstand niederzuschlagen. Er war die Antwort auf das bei Errichtung des neuen Regimes angekündigte Reformprogramm. Auf einem Kongreß vorigen Sommers in Dibra leiteten die Albaner die jungtürkische Forderung, eine Verfassung (Eid) auf die Verfassung zu schwören, ab und stellten folgendes Programm auf: Bau von Eisenbahnen, Straßen, Brücken, Ausdehnung der von der Regierung versprochenen administrativen Reformen auf alle Sandtschaft, Schutz des Eigentums, Umwandlung des Feudalismus in gerechte Steuern, Trennung der Kirche von der Kirche, Schaffung von Einrichtungen zur Förderung der nationalen Einheit unter den Stämmen. Diese Forderungen enthalten nichts, was den Interessen eines kapitalistisch aufstrebenden Staates widerspricht. Die Förderung der nationalen Einheit unter den Stämmen wird von den Albanern allerdings im albanisch-nationalen Sinne verstanden, wofür der jungtürkische Zentralismus nichts übrig hat. Das zeigte sich, als die Regierung auf Einführung der arabischen Schriftzeichen drang, während ein großer Teil der Albaner die lateinischen vorzieht. Das zeigte sich, als die Regierung neue Steuern einführt. Die nicht weit über die Naturalwirtschaft hinaus entwickelte Bergstämme mußten eine starke Steuerlast als Druck empfinden und mit der Steuererhebung in den albanischen Städten klangelte die Forderung über's Land.

Den Maschinengewehren der Jungtürken konnten die, wenn auch kampfgewöhnten, so doch letztlich einem modernen Heer nicht gewachsenen Albaner nicht lange stand halten. Sie wählten aus den Ebenen weichen und die Klippen entkofferten die Dörfer und Städte, in die sie hineingelangten kammern. Die unentwaffneten Albaner saßen aber in den unzugänglichen Bergen des Nordens, ließen den Türken ergebnislos nachzuziehen, indes in den besetzten Gebieten die Empörung bereits wieder ausbrach. Die wenig die Jungtürken in dem dreimonatigen Kampfe erreicht haben, ist aus der neuesten Meldung ersichtlich:

Nachtd. 27. Juli. In Debar wurden über hundert revolutionäre Albaner aus dem untern Debar-Bezirk, darunter viele Offiziere und Offizierskinder, verhaftet. Die albanischen Stämme Demouki und Markovski erklärten, den Türken ohne Widerstand keine Gewähr auszuliefern. Die beiden Albanerführer Jusufin Aga Jusufin und Schudi Bey wurden verhaftet und der Haupt der katholischen Albaner in Tiribiditen Ware Daba wurde in Konak interniert. In Ralejia werden Zusammenstöße zwischen türkischen Militär und den Albanern erwartet. Die dortigen albanischen Dörfer haben bisher überhaupt keine Steuern bezahlt und wollen dies auch jetzt nicht tun. Die konstantinopelische Revolution hat sich ins Gebirge zurückgezogen. Die Umarmung der Albaner geht überhaupt sehr langsam vor sich und die albanische Revolution ist noch weit von ihrem Ende entfernt. Die katholischen Albaner führen eine harte und brutale Politik, geführt von ihren Rändern, sind kategorisch gegen die Entlassung, so daß dort Kämpfe bevorstehen. Zwischen Herze und Drosch wurde von den türkischen Behörden ein großes geheimes Bafendepot entdeckt. Viele Gewehre, angeblich österreichischer Provenienz, wurden konfisziert. Bei den verhafteten katholischen Mönchen wurden kompromittierende Briefe gefunden.

Der albanische Aufstand stellt den Jungtürken eine Probe, die sie bereits der Geschichte hätten abzuweichen sollen. Ein Volk zurückgebliebener Kultur wird damit noch lange nicht in eine neue Staatsordnung eingegliedert, indem man ein paar Führer hängelt und das Land mit Heilagern überläßt. Es mag dem Kulturstandpunkt wünschenswert sein, daß in diesem Lande der Mäurer und der Wuttrache, in diesem wildesten Winkel Europas endlich die öffentliche Sicherheit ermöglicht wird, wozu jedoch die politische Vergewaltigung des zurückgebliebenen Volkes nicht nötig ist. Das albanische Land bedarf zu seiner Hebung und Entwicklung der Selbstverwaltung durch gewählte Vertrauensmänner und so sehr es den Interessen des kapitalistischen Einheitsstaates widerspricht mag — die Jungtürken können, wenn sie Ruhe in diesem mazedonischen Wetterwinkel haben wollen, um dieses Jugeständnis nicht herum.

Im übrigen zeigt die Entwicklung der Dinge da unten, daß der Traum der Jungtürken vom zentralisierten straffen Einheitsstaate trotz der Befestigung der alten Sultanatswirtschaft seiner Wertvolligkeit noch nicht viel näher gekommen ist. Bei der gegenwärtigen Entwaffnung albanischer Gebiete haben sich die Widerstände der Nationen erhoben, die vor allem erst einmal das gleiche Recht für alle Einwohner türkischer Gebiete verlangen, ehe sie sich die Masse aus dem Hause nehmen lassen. Es scheint, daß die Türken ihre bulgarischen und serbischen Bürger ähnlich skandalisieren wie etwa die preussische Regierung unter Polen, Dänen und Lothringen. Die Bulgaren und Serben dürfen des öftlichen Albanien sehen darum in der Nähe auf dem Buckel ihrer Männer noch immer den letzten Schuß gegen osmanische Militär und Vergewaltigung. Und nur in Form anderer Mittel als die der preussischen Regierung suchen die Jungtürken durch Gewalt zu erreichen, was

ihren Zentralisierungsbestrebungen an Einsicht und Klugheit mangelt. Ein weiteres Telegramm meldet nämlich:

Nachtd. 27. Juli. Wie aus dem Wilajet Rossowo gemeldet wird, wird die christliche serbische Bevölkerung in den Kreisen Hilane und Presewo von türkischem Militär verfolgt. Der serbische Lehrer in Kololetch wurde zu Tode gequält, in Baralovo wurde die ganze Bevölkerung gequält; viele Serben sind geflohen. Im Kreise Presewo sind alle serbischen Lehrer und Geistlichen in ihren Wohnungen interniert, so daß in den Kirchen keine Messen abgehalten und die Toten ohne kirchliche Beerdigungen bestattet werden. Im Bezirk Debar (Wilajet Monastir) geschähen die Verfolgungen unter den Augen der russischen und bulgarischen Konsuln. Selbst die serbische Bischofsresidenz wurde nach Gewehren durchsucht, aber mit negativem Ergebnis. Bei den von den türkischen Behörden vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurden viele Häuser demoliert. Das Verlassen der Häuser sowie eines Dorfes nach 7 Uhr abends ist strengstens verboten. Wegen dieser Verfolgungen der osmanischen Serben seitens der türkischen Behörden sind die Beziehungen zwischen Serbien und der Türkei und zwischen Bulgarien und der Türkei sehr gespannt.

Die erste Antwort auf die türkischen Repressalien ist die Bildung bulgarischer und serbischer Verbände, die von den bedrohten Nationen bezahlt werden, vermittelnd in türkische Gebiete einbrechen, das Land unsicher machen und den Türken allerhand Unbehagen liefern.

Vorher also die Türkei nicht auch den nationalen Minderheiten allgemeine Rechtsgarantien und Entwicklungsmöglichkeiten geben wird, bleibt der türkische Kulturstaat ein jungtürkischer Traum und die jungtürkische Herrschaft ein modernes Gewaltregime auf tönernen Füßen.

## Die schwarze Seele.

Der Kulturkampf und die konfessionelle Sehe der Liberalen hat das Wesen des reichsdeutschen Merkantilismus ein wenig verhässelt, die notgedrungen Rücksicht auf die proletarischen Wählermassen hat dem Zentrum zuweilen einen demokratischen Anhauch verliehen. Dennoch sind das konservative Zentrum und das katholische Zentrum grundtätig eines und dasselbe. Die „verführten Jesuiten“ des Herrn v. Kröcher sind in Wahrheit die lieben Brüder, Kameraden und Standesgenossen der protestantischen Heibler. Daher folgt auf den wilden Vorromantik der Konfessionen allemal ein flüher Seelenfrieden der Bauhandwerker: sie beten alle zu einem Wau, der gering den gleichen Roll begehrt, der die geistige Freiheit in Staat und Schule verhängt und sich von unterdrückten Massen nährt. Der konservativ-merkantile Bund hat, unter Ausfugung des als stiller Teilhaber zugelassenen Nationalliberalismus, längst die Politik des Reichs wie der Einzelstaaten bestimmt, er ist für die Zukunft noch mehr die entscheidende Tatsache, mit der alle proletarische Politik zu rechnen hat. In den Interessenkämpfen der Herrschenden ist die Simultankampfe durchgeföhrt, die nur den Hindern der Armen verweigert wird, um sie von Jugend an zu spalten. Ja, diese Politik stammt sogar im Grunde aus der völlig religionslosen Schule des rohesten „Materialismus“. Wenn der junge Herr Spahn das demokratische Wahlrecht für den Untergang Preußens und des Reichs erklärt, so ist das keine neue Offenbarung. Wachsen hat im preussischen Abgeordnetenhause, vorfichtiger, das gleiche genau so feindselig wie die Konservativen: es duldet die Demokratie nur so lange, als sie kirchlich wirkt. Grundtätig aber fordert das Zentrum gemeinsam mit dem Junkertum die ständische Gliederung, also auch das ständische Wahlrecht. Die beiden herrschenden Parteien in Deutschland leben vor 1789.

Kirchlich hat die Merkale Römische Volkszeitung in bemerkenswerter Weise an die tiefsterliche Seelenverwandtschaft der katholischen und protestantischen Merkanten erinnert. In dem inneren Streit des Zentrums über den Grad der konfessionellen Betonung — ob das Zentrum eine kirchlich-katholische oder eine rein politische Partei sein solle — war der die Konfessionalität verhehlenden römischen Richtung vorgeworfen worden, sie wage sich gar nicht mehr zum Katholizismus zu bekennen, sondern rede nur noch vom Christentum. Darauf erwidert die Römische Volkszeitung, das Bekenntnis zur christlichen, nicht katholischen, Weltanschauung sei allezeit liebung der Zentrumsparthei, und sie trägt diese Auffassung durch folgende historische Erinnerung:

Als Ende Januar 1872 der Appellationsgerichtspräsident a. D. Ludwig v. Brelow der Zentrumsfraktion des preussischen Landtags einen ersten Besuch abstattete, sagte er antwortend auf seinen früheren Besuch bei der Zentrumsfraktion des Reichstages: „Ich muß hier wiederholen, was ich damals als Vais meiner Verbindung mit dem Zentrum ohne Widerspruch bezeugte, nämlich die Einigkeit zwischen römisch-katholischen und evangelischen Christen, so weit sie tatsächlich vorhanden ist. Und wie groß, majestätisch groß ist diese Einigkeit! Der lebendige Gott, Schöpfer und König Himmels und der Erde, — der Mensch geworden, der durch seinen Blut erlöst hat, — der Geist, der die gesamte Kirche — die Gemeinde aller Stausufen — heiligt und regiert, die der Glaube in das Schauen übergeht und das Bekenntnis in die ewige Seligkeit. Sollen diese geheimnisvollen Gotteswahrheiten und nicht verbinden zu einer Einheit, welche zum gemeinsamen Handeln in Kraft dieses einheitslichen Bekenntnisses, — auffordert mit verdoppelter und verzehnfachter Energie, gegenüber der Energie des Unglaubens, des Pantheismus, des

Arbeitsmus und des Materialismus, welche leidenschaftlich einflüster von allen Seiten auf die Kirche Gottes, in deren Ehe und in deren Schule...“

Darauf erwiderte im Namen der Zentrumsfraktion der Abg. Peter Reichensperger: „Der verehrte Herr wird uns besorgen, daß wir, seine früheren Kampfesgenossen, oft Gegner auf politischen Gebieten, stets nach dem von ihm mit Recht empfohlenen Grundsatz gesprochen und gehandelt haben, mehr das Gemeinsame zu betonen...“ Wir haben schon immer das laut ausgesprochen, daß alle christlichen Männer seit zusammenstehen müssen, um die gemeinsamen Güter des Evangeliums für die Schule, die Familie, den Staat zu verteidigen.“

Diese Verbrüderung geschah zwischen den radikalen Zentrumsführern der Kampfszeit und jenem Haupt der siegreichen Verdrängung des preussischen Junkertums gegen die Revolution von 1848, in die der wahnsinnige König Friedrich Wilhelm IV. eingesperrt worden war. In der Tat wählte danach der fast ganz katholische Wahlkreis Siegfried-Wilhelm-Wippert den „gläubigen Nichtkatholischen“, v. Gerlach, auf Windthorst's Rat in den Reichstag, d. h. den Vertreter der ä u ß e r e n Junkerreaktion.

Überleht man die mißbräuchliche Sprache der religiösen Verkörperung in das irdische Preussisch-Deutsch, so besteht das Gemeinsame und das Einigende in dem gemeintamen Interesse der Herrschen feudalen Herrschaft über die Masse, das sich heute in Hüllen und indirekten Steuern, im Schutz des Eigentums gegen Vermögens- und Erbschaftsteuern, in der politischen Entredung des Volks und der Verdrängung und Unterdrückung des Proletariats materialisiert. Die Herrschenden lassen sich durch die Besonderheiten des Dogmas nicht mehr trennen, aber die Massen werden gegeneinander gehetzt und in getrennte Schulen geserrt: Zentrum und Konervative sind sich einig, wie sie sich auch mit den — nicht für sich selbst, aber für die Masse fromm gewordenen — Liberalen verbinden, wie sie in denselben Unternehmerverbänden zusammenwirken, während die Organisationen konfessionell zerplittert werden. Der Geist dieses „Christenbundes“ beherrscht unsere ganze Politik, besonders auch die Sozialpolitik, deren reichsdeutsche Richtung auf die Kruppelfürsorge, statt auf den Schutz der Befunden — kein Marginalarbeitsplatz, keine Arbeitslosenversicherung, keine unbeschränkte Bewegungsfreiheit und Selbstverwaltung! — durchaus jener einen und einheitlichen schwarzen Seele der konservativ-zentristischen Antichristenphilosophie entspringt, die die Menschen erst verflümmelt und die Menschen trümmert dann mit Amosen „christlich“ füllt!

## Zum Fall Richthofen.

Zu der Angelegenheit des konservativen Parteiführers Richthofen v. Richthofen-Richtig wird öftentlich die konservativen Korrespondenz abermals eine lange Erklärung, die einige bemerkenswerte tatsächliche Behauptungen enthält. Zunächst wird erklärt, v. Richthofen habe am letzten Montag vor der Veranlagungskommission des Landkreises Vignitz auf Grund genauester Nachforschung den Beweis erbracht, daß er kein Mitglied der Reichstagskommission gewesen sei. Ob dieser Beweis von der Veranlagungskommission als schlüssig anerkannt wurde, wird nicht mitgeteilt. Die Redaktion der konservativen Korrespondenz hat von dem Wirtschaftsinспектор Kasten eine Verichtigung erhalten, deren Abdruck sie verweigert, weil sie dem § 11 des Preussengesetzes nicht entspreche. Eine solche Verigerung in einem betriebligen Falle ist nicht sonderlich geschicklich; sie muß den Verdacht wecken, daß in der Zukunft des Herrn Kasten Dinge stehen, die konfessionelle Zeitungslesern nicht zu Ohren kommen sollen. Die konservativen Korrespondenz reicht aus der Verichtigung eine, wie es scheint überein noch verdrehte Bemerkung heraus, aus der hervorgeht, daß v. Richthofen die Strafanzeige wegen Steuerhinterziehung nicht gestellt habe. Diese Behauptung ist in keiner Weise mit dem Wortlaut jenes von der Schwedde u. Gerchsen Journalpost veröffentlichten Schreibens in Einklang zu bringen, das Kasten in eingeschriebenem Brief an den Justizminister gerichtet hat. Zugereicht wird, daß die veröffentlichten Zahlenangaben von dem langjährigen Wirtschaftsinспектор des Reichstages stammen, und es wird angekündigt, daß gegen den Verbreiter dieser Mitteilungen die erforderlichen Schritte unternommen werden.

Die konservativen Korrespondenz erteilt schließlich der Presse Lehren über „menschlichen und journalistischen Anstand“, der es verbieten soll, Strafanzeigen gegen im öffentlichen Leben stehende Männer öffentlich zu erwähnen und zu verbreiten, ehe man sich durch Nachfrage an maßgebenden Stellen davon überzeugt hat, welchen Wert ihnen die in Betracht kommenden Behörden beimessen. Solche „Anstandsübungen“ könnte den Konservativen abgefallen, weil durch sie die Presse ihre Bedeutung als öffentliche Kontrollapparat völlig verlieren würde. Es kann nicht darauf ankommen, welchen Wert die Behörden einer Anzeige beimessen, sondern welcher Wert sie tatsächlich innewohnt. Es gibt Strafanzeigen, die den Behörden höchlich unangenehm sind und die erst dann weitere Folgen haben, wenn die Presse recht kräftig nachschreibt. Im besonderen kann vorausgesetzt werden, daß die Luft der Regierung, konfessionelle Parteigänger wegen Steuerhinterziehung zu belangen, nicht übermäßig groß ist. Welche Heberklärungen in dieser Beziehung vorkommen, geht nicht nur aus den jüngst zitierten Behauptungen Professor Delbrücks hervor, sondern auch aus den Erinnerungen des Herrn v. Gerlach über Bismarcks Steuerveranlagung, die so großes Aufsehen erregten. Im Landtag, wie im Reichstag, hat der frühere Finanzminister v. Rheinbaben wie ein Löwin ihr Junges die angegriffenen Großgrundbesitzer und Landwirte gegen die Vorwürfe Professor Delbrücks verteidigt. Trotz dieses „geringen Wertes“, die die Behörde in Person des Herrn v. Rheinbaben, der Delbrüchigen Generalanzeige beimoh, ist heute noch alle Welt von ihrer Richtigkeit überzeugt.